

Der Klassenkampf der Nationalbank hat begonnen

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **91 (2011)**

Heft 989

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735264>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Klassenkampf der Nationalbank hat begonnen

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) bekämpft die aktuelle Frankenstärke gegenüber Euro und Dollar, indem sie die Geldmenge erhöht. Die Märkte zeigen sich hiervon unbeeindruckt, die Massnahme gilt als unzureichend. Kritiker empfehlen der SNB, einen fixen bzw. minimalen Eurokurs – zum Beispiel von 1.15 CHF – mit allen Mitteln zu verteidigen. Viele und immer mehr Beobachter bejubeln diesen Vorschlag, doch ist er tatsächlich gut für die Schweiz?

Ein Blick auf die Leitwährungen hilft weiter: nach langem Ringen um ihre Schuldenobergrenze konnten sich die US-Politiker zuletzt zwar auf eine Erhöhung der Schulden einigen, die im Gegenzug angestrebten Ausgabenkürzungen bleiben aber ungewiss. Eine neue Kommission soll in den nächsten Monaten Vorschläge erarbeiten. Selbst die so angestrebten Kürzungen stellen jedoch keinen Schuldenabbau dar, das Schuldenwachstum würde bloss leicht ab-

geschwächt. Die explizite und implizite Verschuldung der USA übersteigt mit 65 Billionen Dollar schon das gesamte Weltbruttoinlandsprodukt.

Sich auf einen Wettlauf mit den Lahmen einzulassen, ist gefährlich.

Um den Euro steht es nicht besser. Nach der Überschuldung Griechenlands, Portugals und Irlands wankt nun Italien, das selbst bei einem EU-Rettungsschirm von 1500 Milliarden Euro als «too big to bail» gilt. Der vermeintliche Retter Deutschland schleppt derweil eine reale Schuldenlast von 6000 Milliarden Euro mit sich, von Abbau keine Spur. Darum: die Schwächen von Dollar und Euro sind nicht auf Spekulation, sondern auf handfeste fiskalische und monetäre Probleme zurückzuführen.

Kann es da überraschen, dass weltweit Anleger im relativ stabilen Schweizer Franken einen sicheren Hafen suchen? Mit der Bekämpfung der Frankenstärke lässt sich die SNB dagegen auf ein «race to the bottom» mit fundamental instabilen Weichwährungen ein. Die innenpolitischen Konsequenzen einer solchen Politik dürfen nicht im lauten Trommeln der Exportindustrie untergehen. Eine bewusste Entwertung des Frankens hat handfeste Folgen für die Bürger.



Christian P. Hoffmann

Christian P. Hoffmann ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

Die monetäre Entlastung der Exportindustrie geht zu Lasten all jener, die von günstigen Importen profitieren. Hierzu zählen beispielsweise die Konsumenten. Durch ihre Intervention schafft die SNB also willkürlich eine Gewinner- und eine Verliererklasse. Neben allen Importprofiteuren haben bei einer Weichwährungspolitik letztlich auch stets alle Sparer das Nachsehen – die SNB untergräbt deren Vermögen. Woher nur nimmt die SNB das Mandat für eine solche Umverteilung?

Sicher, zahlreiche Schweizer Haushalte sind von der Exportindustrie abhängig. Deren Tauschbedingungen werden mit einem starken Franken unattraktiver. Gerade bei einem hohen Produktionsanteil in der Schweiz können niedrige Importpreise für Produktionsgüter hohe Arbeitskosten nicht kompensieren. Eine angemessene Antwort auf diese Lage wäre eine Reduktion der Lohnstückkosten in den betroffenen Unternehmen, durch Lohnverzicht oder Mehrarbeit. Begleitet von einer Liberalisierung des Aussenhandels, könnten die Betroffenen solche Ausfälle durch den günstigen Import von Konsumgütern zumindest teilweise kompensieren.

Eine solche Politik ist mit Härten verbunden – diese sind der Preis für eine langfristig wettbewerbsfähige Volkswirtschaft. Aber vor allem: sie ist deutlich ehrlicher als die tückische Entwertung der Löhne und Vermögen aller Arbeitnehmer durch eine Schwächung des Frankens, wie sie vermeintliche Interessenvertreter des «kleinen Mannes» nun fordern.

Ein Ende der Dollar- und Eurokrisen ist nicht in Sicht. Die Schweiz tut daher gut daran, sich auf einen dauerhaft hohen Frankenkurs einzustellen. Sich auf einen Wettlauf mit den wirtschaftlich Lahmen und Blinden dieser Welt einzulassen, ist dagegen eine denkbar gefährliche Politik. Wie viel Vermögen ist die SNB zu vernichten bereit, um die Anleger von der Erkenntnis abzubringen, dass EU und USA nicht nachhaltig wirtschaften? ◀